

Liebe Freundinnen und Freunde,

in den letzten Wochen und Monaten hat die europäische Flüchtlingspolitik einen weiteren Tiefpunkt europäischer Solidarität erfahren. Während sich konservative und rechte Politiker wie Matteo Salvini, Sebastian Kurz, Victor Orbán und Horst Seehofer bei Fragen des Grenzschutzes und der Flüchtlingsrechte schnell einig werden, stolpern selbst diese Brüder im Geiste über die Frage, wer für die Schutzsuchenden, die Europa erreichen, zuständig sein soll.



Innenminister Seehofer war über diese Frage sogar bereit, seine Fraktion und den Koalitionspartner in eine tiefe Regierungskrise zu stürzen. Als Antwort auf die fehlende Solidarität Deutschlands und der anderen europäischen Staaten machen Malta und Italien ihre Häfen für Schiffe, die Menschen aus Seenot gerettet haben, dicht. Über die dramatische Menschenrechtslage in Staaten wie Libyen wird einfach geschwiegen. Statt sich aber endlich der Bekämpfung der Ursachen von Flucht zu stellen, werden weiter Abkommen mit Staaten fokussiert, die Teil des Problems sind.

Die Erkenntnis der Bundeskanzlerin, das Dublin System sei gescheitert, könnte richtiger nicht sein. Diese Erkenntnis kommt spät. Viel schlimmer aber ist, dass die Kanzlerin keinerlei Ideen offenbart, wie man der Politik der nationalen Egoisten klar etwas entgegensetzen kann. Das Problem sind nicht die Schutzsuchenden, ihre Zahl ist mittlerweile überschaubar, sondern Rechtspopulisten und antieuropäische Kräfte, die die Flüchtlingspolitik dafür missbrauchen, Europa zu spalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, die Grüne Bundestagsfraktion und ich als Eure Sprecherin für Flüchtlingspolitik werden uns weiterhin klar positionieren, wenn es um die Rechte von Geflüchteten geht. Wir sind der festen Auffassung, dass es falsch ist, die Frage der Fluchtursachenbekämpfung und der Aufnahme von Geflüchteten an innenpolitischen Interessen auszurichten. Im Folgenden findet Ihr einen kleinen Überblick über die derzeitigen Debatten und unsere Aktivitäten im Deutschen Bundestag.

Seenotrettung

Mit dem Vorwurf, die humanitären Seenotrettungsorganisationen seien ein „Pullfaktor“ für die Flucht über das Mittelmeer, wird die zivile Seenotrettung immer weiter kriminalisiert. Schiffe werden beschlagnahmt, Kapitäne vor Gericht gestellt, Booten wird die Einfahrt in sichere Häfen verweigert. Mit Blick auf die massive Gewalt in Libyen, den zahlreichen Konflikten in Europas Nachbarschaft und den vielen Toten auf dem Mittelmeer, ist diese Argumentation mehr als zynisch. Die Grüne Bundestagsfraktion stellt sich solidarisch an die Seite der zivilen Seenotrettung und bewegt das Thema immer wieder auch parlamentarisch. So war ich mit meinem Hamburger Kollegen Manuel Sarrazin an Bord des Schiffs „Lifeline“, dem sechs Tage lang die Einfahrt in einen sicheren europäischen Hafen durch Malta und Italien verweigert wurde.

Einen ausführlichen Eindruck von der Notsituation an Bord findet Ihr in meinem Interview mit der taz (Link: <http://www.taz.de/!5515536/>). Wir vertreten die Auffassung, dass die Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer ein Gebot der Menschlichkeit ist und danken Allen, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens bereit sind, Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren.

Afghanistan

Nachdem die Kanzlerin nun verkündet hat, dass Abschiebungen nach Afghanistan nicht mehr „nur“ auf hartnäckige Identitätstäuscher, Gefährder und schwere Straftäter beschränkt bleiben soll, fand am 03. Juli eine Sammelabschiebung von 69 Menschen nach Afghanistan statt, die mit dem Suizid eines 23-jährigen abgeschobenen Afghanen, einen traurigen Höhepunkt fand.

Für uns ist, auch mit dem neuen Lagebericht des Auswärtigen Amtes, absolut nicht nachvollziehbar, wie die Kanzlerin zu der Einschätzung kommt, es könne wieder Abschiebungen aller, auch gut integrierter Afghanen, geben. Der Bericht ist (erneut) thematisch äußerst lückenhaft. Er nimmt zwar die Bedrohungslage der afghanischen Sicherheitskräfte, Amtsträger und NGOs in den Blick, vernachlässigt aber die Bedrohungslage für afghanische Zivilisten. Diese Fluchtursachen sind aber elementar für die Beurteilung des Schutzanspruches in Deutschland. Wir lehnen weiterhin die Abschiebung in Kriegs- und Krisengebiete ab.

Sichere Herkunftsländer

Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf des Bundesinnenministers zur Einstufung der drei Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien sowie Georgien befasst. Es soll nach der Sommerpause in den Bundestag eingebracht werden. Die Grüne Bundestagsfraktion lehnt das Konzept der sicheren Herkunftstaaten weiterhin ab. Dieses Mittel führt weder dazu, dass das individuelle Asylbegehren unvoreingenommen geprüft wird, noch verringert es die Ursachen von Flucht aus dem Heimatland. Im Gegenteil: wenn man ein Land als sicher einstuft, behindert man das Engagement der Zivilgesellschaft in ihrem Kampf um mehr Rechtsstaatlichkeit. Gerade in den drei Maghreb-Staaten ist das fatal. Dort ist zum Beispiel die Diskriminierung von Homosexuellen gesetzlich manifestiert. Auch das Argument der Bundesregierung, es handle sich ja nur um geringe Schutzquoten, ist krude. Gerade da, wo Verfolgung nicht so offensichtlich zutage tritt, muss intensiver und nicht weniger geprüft werden, ob Asylgründe vorliegen. Lest hierzu mein Interview mit der Saarbrücker Zeitung: <https://bit.ly/2BcugU9>.

Masterplan Migration und Anker-Zentren

Das absolute Desinteresse Seehofers an der Gestaltung unseres Einwanderungslandes und sein fehlender Respekt gegenüber den teilnehmenden Organisationen und aller Migrant*innen zeigt sich nirgends besser als in seinem so genannten "Masterplan Migration", der ausschließlich auf Abschottung und Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze setzt. Seehofers Ziel ist es, eine „Asylwende“ einzuleiten („Ordnen, Steuern und Begrenzen“), d.h. die Externalisierung des Flüchtlingsschutzes mit Druck auf Herkunfts- und Transitländer voranzutreiben, die Solidarität in der EU weiter abzubauen und die Unterstützer*innen einer liberalen Flüchtlingspolitik weiter zu kriminalisieren. Seehofer setzt nun neben den ausgrenzenden Ankerzentren, an den Grenzen zu Österreich auf sogenannte Transitzentren. Trotz massiver Kritik und fehlendem Konzept schreitet die Regierung auch ohne Zustimmung der meisten Bundesländer weiter voran.

BAMF

In einer dritten Sondersitzung zum vermeintlichen BAMF-Skandal haben wir die ehemaligen Innenminister Friedrich, de Maizière und den ehemaligen Kanzleramtschef Altmaier gehört. Das Ergebnis war wie erwartet ernüchternd. Während Altmaier und de Maizière zumindest Fehler eingeräumt haben, beharrte Friedrich auf dem Standpunkt, dass in seiner Amtszeit keinerlei Verantwortung lag. Das ist vor dem Hintergrund, dass er das BAMF bei steigenden Flüchtlingszahlen zu einer Personalabbaubehörde gemacht hat, mehr als unwürdig. Es zeigt aber erneut, dass man der Regionalpartei CSU nicht die Verantwortung über so ein wichtiges

Bundesministerium überlassen darf. Nach der Sommerpause wird eine Bilanzsitzung des Innenausschusses zu den Vorkommnissen in Bremen stattfinden, in der wir weiter beraten, wie parlamentarisch weiter vorgegangen werden soll. In diesem Kontext werden wir auch den von Seehofer neu eingesetzten BAMF-Chef Hans-Eckhard Sommer treffen. Selbstverständlich werden wir direkt nach der Sommerpause Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsweise des Bundesamts einbringen.

Rechtswidrige Abschiebungen

Die rechtswidrige Abschiebung des jungen afghanischen Flüchtlings Nasbullah S. zeigt erneut die fundamentalen Defizite in der Arbeit des BAMF, aber auch die Unfähigkeit von Innenminister Seehofer. Es ist mehr als befremdlich, dass der Bundesinnenminister zwar große Worte über Aufklärung der Missstände im BAMF schwingt, letztlich aber völlig untätig bleibt, wenn es darum geht diese abzustellen. Die nun wiederholte Schlaperei im Prozessreferat des BAMF führt dazu, dass Menschen rechtswidrig abgeschoben werden, obwohl noch Gerichtsverfahren laufen. Dieses sollte den Minister mindestens genauso interessieren, wie die jüngsten Vorwürfe über vermeintlich durch das BAMF zu Unrecht positiv beschiedener Asylanträge.

Dieser und weitere Fälle von Abschiebungen (z.B. Sami A.) werfen grundlegende Fragen zur Rechtsstaatlichkeit auf. Die Umstände der Abschiebungen müssen genau untersucht werden, vor allem auch die Rolle von Bundesinnenminister Horst Seehofer, des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, sowie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Deshalb haben wir eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt und die Teilnahme des Bundesinnenministers eingefordert. Wir fordern eine umgehende Aufklärung der Vorfälle und der Verantwortlichkeiten vor dem Innenausschuss.

Familiennachzug

Die Große Koalition hat aus dem grundrechtlichen Anspruch auf Familiennachzug eine Lotterie gemacht. Dadurch wird aus dem Grundrecht auf Familie ein Gnadenrecht des Staates. Die Rangfolge der im Gesetz genannten humanitären Kriterien für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten ist nach wie vor unklar und liegt allein im Ermessen der Behörden. Für die Betroffenen ist die Ausgestaltung des komplizierten dreiteiligen Verwaltungsverfahrens nicht nachvollziehbar. Dass Innenminister Seehofer hier überhaupt keine Klarheit über die Auswahl und das Verfahren bringt, zeigt seine hohe Inkompetenz in diesem Amt. Es ist mehr als fragwürdig, ob es auf dieser Grundlage überhaupt gelingt, 1.000 Menschen den Zugang zu dem Kontingent zu verschaffen.

Mein Team und ich freuen uns auf Euer Feedback zu unserer Arbeit in Berlin.

Eure Luise